

Pressekonferenz

ÖVP-Gemeinderatsinitiativen:

- Volle Aufklärung und Transparenz bei Linzer Aktenaffäre und ehemaligem HOSI-Gebäude
- Zukunft des Eisenbahnbrücken-Bogens – Politisches Versprechen muss gehalten werden.

Als Gesprächspartner stehen zur Verfügung:

- Vize-Bürgermeister Bernhard Baier
- Klubobmann GR Martin Hajart

Dienstag, 9. April 2019

10.00 Uhr

Presseclub Saal C

Landstraße 31, 1. Stock, 4020 Linz

Rückfragen:

Claudia Prietzel

0664/80762507

prietzel@oevp-linz.at

Brisanter Rechnungshofbericht zur Linzer Aktenaffäre wird zur „AKTUELLEN STUNDE“ im Gemeinderat.

Die ÖVP hatte vergangenen Donnerstag mit Unterstützung von Grünen und NEOS als Aufklärerallianz eine „Aktuelle Stunde“ zum brisanten Rechnungshofbericht zur Linzer Aktenaffäre für die Gemeinderatssitzung am 11. April eingebracht. Nur wenige Stunden später hat auch die Luger-SPÖ medial verkündet, einen Antrag zur Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ zur selben Thematik gestellt zu haben.

Unabhängig davon, der vor eineinhalb Wochen publizierte Bericht des Bundesrechnungshofes bestätigt – neben den wichtigen Handlungsempfehlungen für die Verwaltung – vor allem auch eine wesentliche Feststellung der Aufklärer-Allianz, nämlich, dass man die Verantwortung in der Aktenaffäre nicht alleine einigen Magistratsbediensteten in die Schuhe schieben kann.

Im überprüften Zeitraum verjährten 3.023 Akten, davon 1.985 aufgrund von Untätigkeit der Behörde. Ziel ist es, dass der 138 Seiten starke Bericht samt seinen 48 Empfehlungen nicht nur detailliert im Kontrollausschuss behandelt und eine Handlungsanleitung für die Neuaufstellung der Magistratsabteilung darstellen soll, sondern dass auch eine transparente und öffentliche Debatte im Gemeinderat erfolgt. Schließlich habe der Rechnungshof in seinem Bericht mehr als nur deutliche Worte gefunden. Hier kann man nicht zur Tagesordnung übergehen.

In seiner Aussendung zum Bericht „Verwaltungsstrafverfahren in der Stadt Linz“ zeigte der Rechnungshof die Missstände in der Stadt Linz in der Aktenaffäre sehr deutlich auf:

„Linzer Aktenaffäre: Weder Bürgermeister noch Spitzenbeamte reagierten auf Warnungen vor zahlreichen Verjährungen

Der Linzer Magistrat war nicht in der Lage, Verwaltungsübertretungen und damit Strafen so zu verfolgen, wie es das Gesetz vorschreibt. Weder der Bürgermeister noch Spitzenbeamte der Behörde haben das Amt dementsprechend organisiert. So konnte es passieren, dass über Jahre hinweg Akten unbearbeitet blieben und Einnahmen aus Strafen unterblieben.“

Diesen klaren Feststellungen hat sich die Geschäftsführung und der Gemeinderat zu stellen! Die Rechnungshofberichte zur Aktenaffäre und zum Swap zeigen, dass bei Krisen, in die auch die Magistratsspitze mit dem Bürgermeister involviert sind, ein

strukturelles Problem zwischen der „Geschäftsführung“ und dem Gemeinderat als oberstem Organ der Stadt besteht. Gemäß § 46 Abs. 1, Zif. 2 StL 1992 fällt „die Ausübung der Oberaufsicht über die Geschäftsführung“ in die Zuständigkeit des Gemeinderats. Ein Beispiel für diese Oberaufsicht betrifft auch die Entwicklung der Rechtskosten, wie die Kritik des Rechnungshofs zeigt:

„Weiters verwies der RH auf die vermeidbaren Kosten für den aus Anlass der Aktenaffäre engagierten Rechtsbeistand der Stadt Linz und den der Bediensteten: Die Gesamtsumme für diese Rechtsanwaltsleistungen belief sich Ende August 2018 vorerst auf insgesamt rd. 377.000 EUR.“

Welche Schlüsse, Lehren und Konsequenzen sind aus dem Rechnungshofbericht „Verwaltungsstrafverfahren in der Stadt Linz“ für die Gesamtorganisation zu ziehen, um über den Anlassfall hinausgehend, Missmanagement vorzubeugen und besser im Krisenfall zu agieren? Und durch welche strukturellen Änderungen kann der Gemeinderat in seiner Ausübung der Oberaufsicht über die Geschäftsführung gestärkt werden?

Zukunft des Linzer Eisenbahnbrücken-Bogens: Ein politisches Versprechen muss gehalten werden!

Die ÖVP bringt am Donnerstag im Gemeinderat einen Antrag zum Erhalt und der weiteren Nutzung des Eisenbahnbrücken-Bogens ein. Ein seit vier Jahren bestehendes Versprechen des SPÖ-Bürgermeisters, das bis dato nicht umgesetzt wurde, geschweige denn in einem Gemeinderatsausschuss behandelt wurde.

Zur Vorgeschichte: Im Vorfeld der Volksabstimmung vom 27. September 2015 über die Eisenbahnbrücke, hat die Plattform „Brücke für Linz“, die für einen Neubau der Brücke geworben hat, mit Unterstützung der Linz AG einen öffentlichen Wettbewerb für eine Um- und Weiternutzung der alten Eisenbahnbrücke im öffentlichen Raum durchgeführt. Von 93 Einreichungen wurde von einer Jury, die zur Hälfte aus Linz AG

Vertretern bestand, das Projekt „The Floating Garden“ als Sieger ausgewählt und am 14. September 2015 der Öffentlichkeit präsentiert.

Bei diesem Siegerprojekt soll der mittlere Brückenbogen auf einen schwimmenden Ponton mit Pflanzen zu einem Garten werden – zu einem Lebensraum an der Donau, der zum Verweilen animiert und mit Liegestühlen die Gäste mit Blick auf das Wasser zum Entspannen einlädt. *„Der „Schwimmende Garten“ ist eine simple und gleichzeitig kreative Idee, um der alten Eisenbahnbrücke ein neues Leben einzuhauchen. Das Projekt besticht durch eine gelungene Inszenierung der alten Brücke. Eine Umsetzung ist realistisch, mehrere Standorte stehen zur Auswahl“*, versprachen die Befürworter des Brückenneubaus.

„Der Erhalt und die Weiternutzung eines Brückenbogens im öffentlichen Raum ist ein politisches Versprechen an die Linzer Bevölkerung und deren Lebensqualität gewesen“, sagt **Klubobmann Martin Hajart**. Ein Versprechen, dessen Glaubwürdigkeit durch eine Infragestellung des Siegerprojektes und durch ein zeitliches Hinausschieben einer möglichen Umsetzung in die nächste Gemeinderatsperiode nicht untergraben werden sollte. *„Vier Jahre nach der Präsentation des Siegerprojektes ist es höchste Eisenbahn, dass eine Entscheidung über die Umsetzung getroffen wird“*, fordert **Hajart** vom Bürgermeister noch dieses Jahr ein klares Bekenntnis in Form eines für die Öffentlichkeit transparenten Prozesses unter der Einbindung der Gemeinderatsfraktionen und Gemeinderätin Grün (KPÖ), der Linz AG sowie von Experten, die konkrete Entscheidung zum Erhalt und zur Weiternutzung eines Eisenbahnbrücken-Bogens inklusive eines Umsetzungs- und Finanzierungsplans noch dieses Jahr in verbindlicher Weise abzuschließen.

Kontrollamts-Sonderprüfung zum ehemaligen „HOSI-Zentrum“ – Verschleuderte Stadt Linz tausende Euro pro Monat für leerstehende Räumlichkeiten?

Kaum zu glauben, die Miete für das Gebäude an der Fabrikstraße 18 betrug für die Stadt Linz über 15.000 Euro monatlich. Ein großer Teil davon entfiel auf die ehemaligen HOSI-Räumlichkeiten, die jedoch jahrelang leer standen. Die Vorgänge gleichen einem Schildbürgerstreich. Daher bringen ÖVP und NEOS in der kommenden

Gemeinderatssitzung gemeinsam die Forderung einer Kontrollamts-Sonderprüfung zur Liegenschaft Fabrikstraße 18 (ehemaliges HOSI-Gebäude) ein.

Hintergrund: SPÖ-Liegenschaftsreferentin Fechter hatte in der Ausschuss-Sitzung am 27.02.2019 zugesagt hat, eine Einnahmen-Ausgaben-Übersicht zur Liegenschaft zur Verfügung zu stellen. In der Gemeinderatssitzung am 07.03.2019 hat sie dann aber gesagt, dass sie zwar normalerweise ihre Versprechen hält, nicht aber in diesem Falle, nachdem es hier offenbar Interpretationen der Zahlungen gäbe.

„Es müssen die Zahlen auf den Tisch. Interpretationen von Zahlungen sind sekundär, damit werden wir uns nicht zufriedengeben. Als Gemeinderäte sehe ich es als unsere Pflicht, zweifelhaften Dingen nachzugehen, wenn sie dem Gemeinderat als oberstem Organ in der Stadt bewusst vorenthalten werden“, erklärt **Klubobmann Martin Hajart**. Nachdem Stadträtin Fechter dem nochmaligen Ersuchen auf Übermittlung der Einnahmen und Ausgaben abermals nicht nachgekommen ist, haben ÖVP und NEOS nun den Antrag auf Kontrollamtsprüfung eingebracht.

Nun geht es darum, von unabhängiger Stelle prüfen zu lassen, inwieweit die SPÖ-Liegenschaftsreferenten im Zeitverlauf bei der Liegenschaft Fabrikstraße 18 den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit nachgekommen sind. *„Hier gibt es Anzeichen dafür, dass das nicht der Fall gewesen sein könnte“*, stellt **Hajart** fest. Dabei ist keinesfalls die sehr gute und wichtige Beratungstätigkeit der HOSI Linz in Zweifel zu ziehen. Die dortigen Mitglieder leisten durch die Beratungen ehrenamtlich eine wichtige gesellschaftspolitische Arbeit.

Zur Historie:

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 13.09.2012 wurde das Kontrollamt beauftragt, die Homosexuelle Initiative Linz (HOSI Linz) zu prüfen. Gegenstand der Überprüfung war unter anderem der Bestandsvertrag zwischen der Stadt Linz und der GWG über die Anmietung des GWG-Objektes Fabrikstraße/Kaisergasse, in dem die HOSI-Linz von 01.05.2009 bis 31.12.2012 eingemietet war. Diesbezüglich fand im Juni 2014 auch ein Nachfrageverfahren über die Umsetzungen der Empfehlungen des Kontrollamtes statt.

Nach dem Auszug der HOSI-Linz aus dem Gebäude in der Fabrikstraße 18 wurden weite Teile der Räumlichkeiten nicht weitervermietet und stehen bis heute leer. Durch den jahrelangen Leerstand auf der einen Seite, den laufend von Seiten der Stadt Linz an die GWG zu leistenden Bestandszins auf der anderen Seite, müssen der Stadt insgesamt hohe Verluste aus der Liegenschaft entstanden sein. Auch wenn eine Zeit lang angedacht war, Vereine aus dem Vereinszentrum Weißenwolffstraße im ehemaligen HOSI-Zentrum unterzubringen, so kann das nicht als schlüssiges Argument für einen derart langen Leerstand dienen. Auch besteht der Förderzweck „Soziales“ seit Anfang des Jahres 2015 nicht mehr, nachdem zwischen Stadt Linz und Land OÖ eine entsprechende Vereinbarung samt Teil-Rückzahlung der einstigen Landesförderung geschlossen wurde.

Aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 07.03.2019 soll nun das Bestandsverhältnis im Zusammenhang mit der Liegenschaft Fabrikstraße 18 zum 31.12.2019 mit Wirkung zum 31.12.2020 aufgekündigt werden.

Weitere Gemeinderats-Initiativen der ÖVP Linz:

- **Anfrage an Bürgermeister Klaus Luger zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs**
- **Anfrage an Stadtrat Michael Raml zur Lustbarkeitsabgabe**